

Nein zur neo-osmanischen Kriegspolitik des türkischen Regimes!

Rede von Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Rheinland-Pfalz, bei der Kundgebung

Stoppt die Diktatur und die militärischen Aggressionen des türkischen Regimes!

in Worms, 29. August 2020

und bei der

Kundgebung zum und am Antikriegstag in Mainz, 1. September 2020

Das Erdoğan-Regime strebt im Innern nach einer islamistischen Diktatur und nach Islamisierung der Gesellschaft, vom Moscheebau bis zur Kinderehe. Nach außen führt die Türkei mehrere Kriege: in Nordsyrien, im Nordirak und in Libyen, auch mit Hilfe mörderischer Dschihadisten aus arabischen und anderen Ländern.

Im Mittelmeer beansprucht die Türkei Seegebiete, die gemäß dem Internationalen Seerecht zu den Wirtschaftszonen Griechenlands und Zyperns gehören und provoziert dort mit dem Einsatz von Kriegsschiffen und droht sogar mit Krieg.

Diese Politik wird als neo-osmanisch bezeichnet. Neo-Osmanismus bedeutet in der Außenpolitik:

- Ehemals osmanische Länder in Europa, Asien und Afrika beansprucht die Türkei als Einflusszone.
- Die Türkei sieht sich als sunnitische Führungs- und Schutzmacht und unterstützt international die Moslebrüder.
- Das türkische Regime hat sich, obwohl NATO-Mitglied, geopolitisch und ideologisch vom Westen abgewandt und sucht autoritäre Bündnispartner in Eurasien.
- Grenzverträge, namentlich der Vertrag von Lausanne von 1923, mit dem die Grenzen der modernen Türkischen Republik festgelegt wurden, werden vom Regime nicht mehr anerkannt. Dieser früher positiv bewertete Vertrag wird in Umschreibung der bisherigen Geschichtsinterpretation negativ bewertet. Stattdessen werden nun u.a. Inseln in der Ägais, Nord-Syrien und Nord-Irak als türkisch beansprucht. Vor 46 Jahren hat die Türkei Nord-Zypern erobert und hält es bis heute besetzt. Offensichtlich will sich die Türkei die Gebiete, die sie völkerrechtswidrig in Syrien und im Irak erobert, ebenfalls dauerhaft aneignen.

Es ist zur Türkisch-Islamischen Synthese gekommen, zur Kombination von türkischem Ultrationalismus sowie Islamismus. Sinnbild dafür ist das Foto eines türkischen Soldaten auf einem Panzer bei der Eroberung von Afrin: Der Soldat zeigte mit einer Hand das Zeichen der faschistischen Grauen Wölfe, mit der anderen das der Moslebrüder.

Der türkische Nationalismus geht einher mit einem extremen Militarismus. Jeder Türke werde schon als Soldat geboren, verkündet die nationalistische und militaristische Propaganda.

Wer sich dieser Kriegspolitik widersetzt, wird bekämpft. Der türkische Staat zwingt Männer zum Kriegsdienst. Ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird in keiner Form anerkannt, noch nicht einmal das beschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, wie es in internationalen Konventionen festgelegt ist, die auch die Türkei unterschrieben hat. Kriegsdienstverweigerern drohen Haft

in Militärgefängnissen und Gefängnissen, Misshandlungen und Folter - und das über Jahrzehnte hinweg: eine Kette von mehrfachen Einberufungen, Prozessen und Haftstrafen. Osman Murat Ülke zum Beispiel wird seit 1992 verfolgt, wurde seitdem achtmal verurteilt, insgesamt 701 Tage inhaftiert und lebt seit Jahren in einem rechtlichen Schwebestadium, ohne Ausweispapiere, ohne Möglichkeit ins Ausland zu reisen, legal zu arbeiten, ständig von erneuter Verhaftung bedroht. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verhängte deswegen 2006 eine Strafe gegen den türkischen Staat, der aber die Praxis fortsetzt. Viele Kriegsdienstverweigerer fliehen ins Ausland, *wie Beran Mehmet Işçi, der heute (in Worms, nicht in Mainz) zu uns spricht.*

Kriegsdienstverweigerer werden oft zusätzlich wegen „Entfremdung des Volkes vom Militär“ angeklagt. Mit diesem reinen Gesinnungsparagrafen geht der türkische Staat seit Jahrzehnten gegen Menschen vor, die sich gegen Krieg und Militär aussprechen.

Deutschland liefert seit der Spätzeit des Osmanischen Reiches in großen Mengen Waffen an die Türkei. Es zieht sich eine lange Blutspur von der Verwendung von Gewehren der Firma Mauser, die heute Rheinmetall heißt, beim Völkermord an der armenischen Minderheit, über jahrzehntelange Waffenlieferungen seit dem Beitritt der Türkei und Deutschlands zur NATO bis hin zu Leopard-Panzern und G3-Gewehren bei der völkerrechtswidrigen Eroberung Afrins und weiterer Gebiete im Norden Syriens.

Die „neue Türkei“ will autark sein und baut eine eigene Rüstungsindustrie auf. Auch dabei helfen deutsche Firmen. Die Türkei ist inzwischen eine Drohnenmacht geworden. Sie stellt die Drohnen selbst her, führt Krieg mit Drohnen und ermordet damit auch gezielt Zivilpersonen. Besonderes Aufsehen erregte gerade im Juni 2020 der gezielte Drohnenmord an kurdischen Politikerinnen in Nord-Syrien. Diesen schnellen Aufstieg zur Drohnenmacht ermöglichten deutsche Firmen: Sie lieferten Bauteile und Technologie.

Im Libyen-Krieg setzt die Türkei trotz Waffenembargos deutsche Waffen und Militärfahrzeuge ein.

Wir fordern:

Schluss mit der Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern!

Weg mit dem Militärdienstzwang in der Türkei!

Für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung!

Schluss mit der Gesinnungsjustiz!

Keine deutschen Waffenlieferungen an die Türkei!

Schluss mit der Unterstützung Deutschlands fürs türkische Regime und seine Kriege!

Türkische Truppen raus aus Syrien, Irak und Zypern!

Nein zur aggressiven Kriegspolitik des türkischen Regimes!

Nein zu Militarismus, Nationalismus und Islamismus in der Türkei und anderswo!